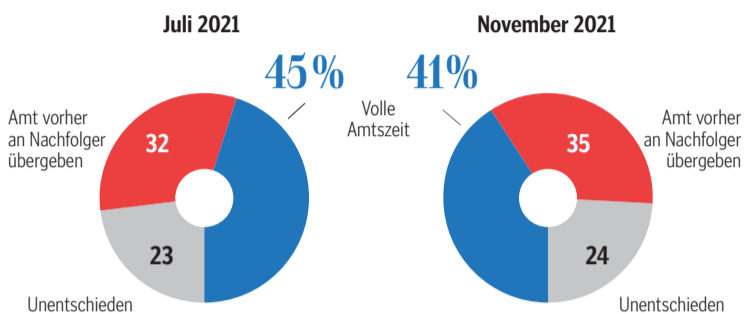


Corona, Klimakrise und teurer Sprit: Sorgen drücken die Stimmung

Preissteigerungen lösen Zukunftsängste aus – Neue Regierung bei Renten, Wohnraum und Gesundheitssystem gefordert

Von Ludger Möllers

Frage: „Wie sehen Sie das: Sollte Ministerpräsident Winfried Kretschmann die volle Amtszeit, also die nächsten fünf Jahre, im Amt bleiben oder sollte er das Amt vorher an einen Nachfolger übergeben?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre, Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage G163/VI, G164/1

Große Zustimmung für Kretschmann

Relative Mehrheit wünscht sich volle Amtszeit bis zum Frühjahr 2026

Nach wie vor ist unklar, ob Winfried Kretschmann (73, Grüne) das Amt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten die volle Amtszeit ausüben oder ob er im Laufe der bis 2026 dauernden Legislaturperiode die Aufgaben an einen Nachfolger übergeben wird.

Kretschmann hatte nach seiner Wiederwahl im Mai dieses Jahres erklärt, dass dies seine letzte Amtsperiode sein wird. Blicke er bis zum Frühjahr 2026 Landesvater, hätte er mit 15 Jahren länger regiert als Erwin Teufel (CDU) und wäre fast 78 Jahre alt.

Unverändert würde es eine relative Mehrheit der baden-württembergischen Bevölkerung begrüßen, wenn Kretschmann die volle Amtszeit im Amt bliebe.

Der Anteil derer, die sich dafür aussprechen, ist jedoch seit Juli dieses Jahres leicht von 45 auf 41 Prozent zurückgegangen. 35 Prozent sind aktuell der Überzeugung, dass es besser wäre, wenn Winfried Kretschmann sein Amt bereits vorher an einen Nachfolger übergeben würde. Auch hier sind es vor allem die eigenen Anhänger, die sich eine vorzeitige Amtsübergabe wünschen würden.

Corona, Klimakrise, Inflationssängste, Preissprünge bei Treibstoff, Strom und Mieten: Im Herbst 2021 blicken die Deutschen sorgenvoll in die Zukunft. Dass nach der Bundestagswahl die möglichen Koalitionäre über das Regierungsprogramm verhandelt und Deutschland angesichts drängender Probleme nur geschäftsführend regiert wird, kommt hinzu.

Diese Stimmungslage wird von den Ergebnissen der gemeinsamen Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg bestätigt.

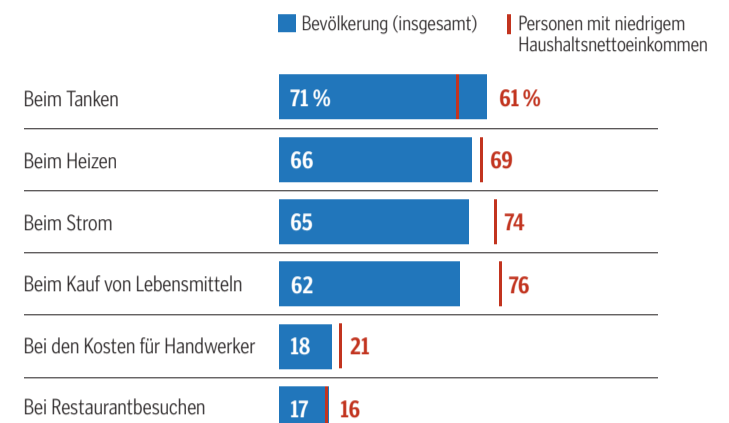
Laut Umfrage hat die Bevölkerung eine klare Vorstellung davon, worum sich die neue Bundesregierung vor allem kümmern sollte. Die Menschen sorgen sich vor allem um die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme, dass die Mietpreise immer weiter steigen und das Gesundheitssystem durch die Corona-Krise zu sehr belastet wird. 65 Prozent der Bürger fordern deshalb, die neue Regierung solle sich besonders um die Sicherheit der Renten kümmern. 58 Prozent halten es für besonders

dringlich, dass die Regierung für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgt und 57 Prozent, dass das Gesundheitssystem gestärkt wird. Weitere 55 Prozent sehen im Umwelt- und Klimaschutz eine vordringliche Aufgabe der neuen Regierung; jeweils 43 Prozent fordern, dass die Zuwanderung nach Deutschland geregelt wird und sich die neue Regierung der Bekämpfung von Kriminalität widmet.

Ganz praktisch und konkret aber bereiten vor allem die Preissteigerungen Sorgen. Die große Mehrheit fühlt sich von der Preisentwicklung der vergangenen Monate stark oder sogar sehr stark betroffen.

Dies gilt insbesondere für die Bezieher unterdurchschnittlicher Einkommen: So konstatieren 75 Prozent der Bevölkerungskreise mit einem Haushaltsnettoeinkommen unterhalb von 2000 Euro, dass sie die Preissteigerungen der letzten Monate stark belasten; von den Bevölkerungskreisen mit einem Haushaltseinkommen von netto 3500 Euro und mehr sind es immerhin noch 55 Prozent.

Frage: „In welchen Bereichen treffen Sie die Preissteigerungen besonders?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre, Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage G164/1

Hohe Spritpreise sorgen für Ärger

Besonders die Bezieher kleinerer Einkommen spüren Preissprung bei Lebensmitteln und Strom

Besonders stark spüren die Baden-Württemberger die Preissteigerungen derzeit an der Tankstelle, bei der Heizkosten- und Stromabrechnung sowie beim Lebensmittelkauf. 71 Prozent fühlen sich besonders stark von den gestiegenen Spritpreisen betroffen, jeweils rund zwei Drittel von den höheren Heiz- und Stromkosten, weitere 62 Prozent von den gestiegenen Lebensmittelpreisen.

Wichtigster Treiber des Spritpreises sind die derzeit hohen Ölpreise. Der ADAC hält die derzeit an den Tankstellen auf-

gerufenen Summen im Vergleich zum Rohölpreis für zu hoch.

Die höheren Kosten für die Einkäufe des täglichen Bedarfs spüren insbesondere die unteren Einkommensgruppen: 76 Prozent der Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen empfinden die Preissteigerungen beim Kauf von Lebensmitteln als besonders belastend, 74 Prozent von ihnen die gestiegenen Strompreise, 69 Prozent die hohen Heizkosten. Der beginnende Winter dürfte die Sorgen vieler Menschen mit niedrigem Einkommen noch einmal spürbar verstärken.

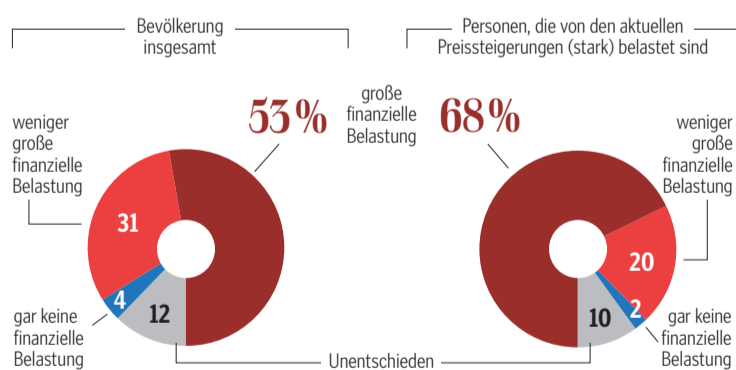
Die Umfrage der Tageszeitungen

Wie zufrieden sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Arbeit der Landesregierung? Werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wo wird nur geredet, wo wird gehandelt? Das wollten die Tageszeitungen in Baden-Württemberg in ihrer gemeinsamen Umfrage, dem BaWüCheck, genauer wissen und arbeiteten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammen. Das IfD befragt einmal im Monat im Auftrag der Tageszeitungen mehr als

1000 Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Das IfD gehört zu den namhaftesten Umfrage-Instituten Deutschlands, auf den Rat der IfD-Chefin Renate Köcher greifen Vorstandsvorsitzende, Regierungschefs und Verbände zurück. Die gedruckten Tageszeitungen in Baden-Württemberg erreichen jeden Tag mehr als fünf Millionen Menschen, hinzu kommen die Leserinnen und Leser auf den reichweitenstarken Onlineportalen der Tageszeitungen.

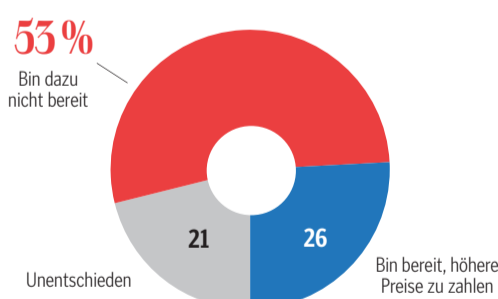


Frage: „Die Politik wird ja in den nächsten Jahren voraussichtlich viele Maßnahmen für einen besseren Klimaschutz beschließen. Was glauben Sie: Werden diese Klimaschutzmaßnahmen für Sie bzw. Ihre Familie eine ...“



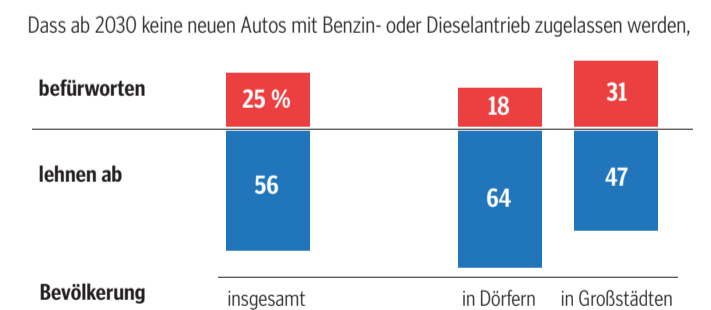
Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre, Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage G164/1

Frage: „Sind Sie bereit, für den Klimaschutz höhere Energiepreise zu zahlen, oder sind Sie dazu nicht bereit?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre, Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage G164/1

Frage: „Es gibt die Forderung, dass in Deutschland ab dem Jahr 2030 keine neuen Autos mit Benzin- oder Dieselantrieb mehr zugelassen werden sollen. Sind Sie dafür, ab 2030 keine neuen Autos mit Benzin- oder Dieselantrieb mehr in Deutschland zuzulassen, oder sind Sie dagegen?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre, Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage G164/1

Teurer Klimaschutz trifft auf steigende Preise

Politik muss stärker als bisher um Akzeptanz ihrer Entscheidungen ringen

Die Belastungen durch die aktuellen Preisentwicklungen werden sich mittel- bis langfristig auch auf die Akzeptanz politischer Entscheidungen auswirken. Insbesondere wenn es um Maßnahmen geht, die in der Bevölkerung in Verdacht stehen, mit finanziellen Einbußen verbunden zu sein. Dazu gehören vor allem viele Maßnahmen, die einen besseren Klimaschutz garantieren sollen.

So erwarten 53 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung für sich und ihre Familien große finanzielle Belastungen

infolge der zu erwartenden Klimaschutzmaßnahmen in den nächsten Jahren.

Besonders groß ist die Sorge vor zusätzlichen finanziellen Belastungen infolge der Energiepreise, die schon jetzt besonders stark unter der aktuellen Preisentwicklung leiden.

Solange die Preise ganz allgemein weiter steigen, dürfte es die Politik entsprechend schwer haben, die Bevölkerung von der Notwendigkeit von Maßnahmen zu überzeugen, die mit zusätzlichen finanziellen Belastungen verbunden werden.

Bürger lehnen noch höhere Abgaben für Energie ab

Seit Jahren zahlen Verbraucher ihren Beitrag für mehr Umwelt- und Klimaschutz

Die Mehrheit der Bevölkerung spricht sich zwar immer wieder für mehr Umwelt- und Klimaschutz aus, ist gleichzeitig aber nicht bereit, zugunsten des Klimaschutzes höhere Energiepreise zu bezahlen. 53 Prozent der Bürger lehnen dies ausdrücklich ab. Lediglich gut jeder Vierte zeigt sich offen dafür, aus Gründen des Klimaschutzes höhere Preise für Strom und Heizung zu zahlen.

Dies hat ganz wesentlich damit zu tun, dass die Bevölkerung bereits heute davon ausgeht, dass die Energiepreise in Deutschland sehr

hoch sind und sie somit ihren Beitrag seit Jahren leisten.

Grund für steigende Netzentgelte sind unter anderem hohe Investitionen in den Ausbau der Stromnetze – damit der vor allem im Norden produzierte Windstrom in den Süden kommt. Der Netzausbau aber ist zuletzt genauso wie der Ausbau des Ökostroms aus Wind und Sonne nicht schnell genug vorangekommen. Als Hauptgründe gelten: Lange Planungs- und Genehmigungsverfahren, zu wenig Flächen, Konflikte zwischen Artenschutz und Ausbau der Netze.

„Aus“ für Verbrenner findet keine Mehrheit

Besonders im ländlichen Raum stößt Diskussion um Verbot für Benzin- und Dieselauf auf Ablehnung

Nur wenig Unterstützung findet die Forderung, ab 2030 keine neuen Autos mit Verbrennungsmotor mehr zuzulassen. Lediglich 25 Prozent halten dies für eine gute Idee, 56 Prozent sprechen sich eindeutig dagegen aus.

Wie bei vielen verkehrspolitischen Fragen unterscheiden sich die Einstellungen der Stadt- und Landbevölkerung deutlich: Immerhin 31 Prozent der Großstadtbewohner unterstützen das Ende von Benzin- und Dieselmotoren bei Neuzulassungen ab dem Jahr 2030; aber auch von ihnen spricht

sich eine relative Mehrheit (47 Prozent) gegen ein generelles Verbot des Verbrennungsmotors aus. Auf dem Land lehnen sogar 64 Prozent diese Forderung ab.

Hintergrund dieses Gefälles dürften die derzeit noch bestehenden Nachteile der Alternative zum Verbrennungsmotor, der Elektromobilität sein, die besonders im ländlichen Raum spürbar sind. So spielt die begrenzte Reichweite der E-Autos in der Diskussion immer wieder eine Rolle. Auch kommt der Ausbau des Ladeetzes vor allem auf dem Land nicht schnell genug voran.